



Netzwerk für den Dialog zwischen
Wissenschaft und Politik

future
wissenschaft & politik

Bericht der Frühjarssession 2017

Eidgenössische Räte bereiten sich auf Botschaft zu Erasmus+ vor

Nach dem ereignisreichen Dezember 2016 war das Programm der Frühjahrssession 2017 im Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) weniger beladen. Die Parlamentarier nutzten dies, um sich auf im laufenden Jahr anstehende Debatten vorzubereiten: Einerseits die neuen Sparmassnahmen, die der Bundesrat für die Jahre 2018-2021 angekündigt hat. Andererseits die Finanzierung der internationalen Bildungsmobilität, die es für die Jahre 2018-2020 zu regeln gilt, da die Schweiz derzeit vom europäischen Programm Erasmus+ ausgeschlossen ist.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Petra Studer, petra.studer@netzwerk-future.ch

ENTSCHEIDE DES PARLAMENTS

Parlamentarier stellen Fragen zu Erasmus+

Der Bundesrat wird demnächst die Botschaft über die Finanzierung der internationalen Bildungsmobilität in den Jahren 2018-2020 an das Parlament überweisen. In Erwartung dieses Entwurfs stellten mehrere Nationalrätinnen und Nationalräte Fragen zum Status der Schweiz bezüglich des europäischen Bildungsprogramms. So wurde das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) in der Fragestunde mit acht Fragen zu Erasmus+ konfrontiert. Die Parlamentarier verlangten vom WBF insbesondere Erklärungen zum Stand der Verhandlungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) sowie zu den Auswirkungen einer

Verlängerung der Übergangslösung, die seit 2014 in Kraft ist. Im Ständerat wurde derweil eine Interpellation eingereicht.

Verhandlungen auf Eis gelegt

Nach der Abstimmung über die Volksinitiative gegen Masseneinwanderung im Jahr 2014 sistierte die EU die laufenden Verhandlungen über die Assoziierung der Schweiz an Erasmus+. Zu diesem Zeitpunkt waren sich die beiden Parteien noch nicht über alle Aspekte einer Schweizer Beteiligung am europäischen Programm einig. In seinen Antworten wies der Vorsteher des WBF darauf hin, dass die Verhandlungen mit der EU derzeit weder wiederaufgenommen noch abgeschlossen wurden. Die vollständige Assoziierung an Erasmus+ war zwar ein Ziel des Bundesrates in der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2017-2020 (BFI-Botschaft); heute geht der Bund jedoch davon aus, dass eine vollständige Assoziierung an Erasmus+ in den Jahren 2018-2020 unrealistisch ist. Gemäss der Regierung soll die Weiterführung der Übergangslösung die Positionierung der Schweiz im Hinblick auf die Folgeprogramme von Erasmus+ ab 2021 nicht schwächen.

Die Hochschulen positionieren sich

Derweil publizierte die Rektorenkonferenz der schweizerischen Hochschulen swissuniversities ein **Plädoyer für eine Assoziierung der Schweiz am Programm Erasmus+**. In dieser Stellungnahme legt swissuniversities dar, wie die aktuelle Übergangslösung die Schweizer Hochschulen benachteiligt: Ihre Sichtbarkeit und ihre Mitsprache ist reduziert, der Zugang zu den Angeboten des Programms ist eingeschränkt und hat gleichzeitig einen grösseren administrativen Aufwand zur Folge. Die Rektorenkonferenz der schweizerischen Hochschulen ruft daher zu einer sofortigen Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der EU auf, damit sich die Schweiz so bald wie möglich wieder am europäischen Programm beteiligen kann, spätestens jedoch im nächsten Rahmenprogramm ab dem Jahr 2021.

- **Frage von Nationalrat Mathias Reynard (SP)**
- **Frage von Nationalrat Mathias Reynard (SP)**
- **Frage von Nationalrat Mathias Reynard (SP)**
- **Frage von Nationalrat Mathias Reynard (SP)**
- **Frage von Nationalrätin Rosmarie Quadranti (BDP)**
- **Frage von Nationalrätin Rosmarie Quadranti (BDP)**
- **Frage von Nationalrätin Rosmarie Quadranti (BDP)**
- **Frage von Nationalrätin Kathy Riklin (CVP)**
- **Interpellation von Ständerat Beat Vonlanthen (CVP)**

Ausserdem haben die Parlamentarierinnen und Parlamentarier ...

- ... im Ständerat mit 39 zu 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen entschieden, das Verbot für den Anbau von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) um vier Jahre bis 2021 zu verlängern. Die kleine Kammer lehnte in der Beratung des Gentechnikgesetzes (**16.056**) ausserdem ein Konzept des Bundesrates für die Koexistenz von Anbauzonen mit und ohne GVO ab. Es verbleiben kleinere Differenzen zwischen den beiden Räten; der Nationalrat wird sich daher erneut mit der Vorlage befassen.

- ... im Nationalrat einer Motion (**15.3138**) von Nationalrätin Jacqueline Badran zugestimmt, welche das Ziel verfolgt, die Innovation in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zu fördern. Die grosse Kammer beantragt mit 139 zu 33 Stimmen bei 20 Enthaltungen, dass KMU Rückstellungen für eigene Forschung und Entwicklung in Höhe von mindestens 80 Prozent des steuerbaren Gewinns vornehmen können.

- ... im Ständerat die Beratung einer Motion (**16.3634**) gegen eine Aufweichung der Schuldenbremse vertagt. Die kleine Kammer entschied mit 34 gegen 9 Stimmen bei 1 Enthaltung, zu warten, bis sich ihre Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK-S) zu einem Bericht des Bundesrates zum Thema geäussert haben wird. Der Nationalrat stimmte dem Vorstoss seiner Finanzkommission (FK-N) im November 2016 zu.

- ... im Ständerat ein Postulat (**16.4095**) von Ständerat Andrea Caroni verabschiedet, das den Bundesrat beauftragt, eine umfassende Strategie für die politische Bildung zu erarbeiten. Die Kantonsvertreterinnen und Kantonsvertreter unterstützten das Postulat mit 31 zu 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

- ... im Nationalrat mit 108 zu 70 Stimmen einer Motion (**16.3911**) ihrer Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-N) zugestimmt. Diese

beauftragt den Bundesrat, Bildungsangebote für jüngst in die Schweiz eingewanderte Jugendliche zu entwickeln und diese damit zu einem Abschluss auf Sekundarstufe II zu führen.

VOM BUNDESRAT BEANTWORTETE VORTÖSSE

Zugewanderte Jugendliche zum Abschluss auf der Sekundarstufe II führen

- Motion (16.3911) der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N).
Eingereicht am 18. November 2016.
Der Bundesrat hat am 15. Februar 2017 die Ablehnung der Motion beantragt.
-

Wie können wissenschaftliche Verlage davon abgebracht werden, der Gesellschaft den vitalen Zugang zu Wissen vorzuenthalten?

- Interpellation (16.3930) von Nationalrätin Isabelle Chevalley (GLP).
Eingereicht am 1. Dezember 2016.
Der Bundesrat hat am 1. Februar 2017 darauf geantwortet.
-

Entlastung der Lehrbetriebe

- Interpellation (16.3943) von Nationalrätin Sandra Sollberger (SVP).
Eingereicht am 6. Dezember 2016.
Der Bundesrat hat am 1. Februar 2017 darauf geantwortet.
-

Leistungsfähigkeit des Schweizer Forschungs- und Innovationssystems

- Interpellation (16.3952) von Nationalrätin Verena Herzog (SVP).
Eingereicht am 8. Dezember 2016.
Der Bundesrat hat am 1. Februar 2017 darauf geantwortet.
-

Anpassung unseres Bildungssystems an das von der Digitalisierung geprägte neue Weltbild

- Interpellation (16.3960) von Nationalrat Claude Bégli (CVP).
Eingereicht am 8. Dezember 2016.
Der Bundesrat hat am 1. Februar 2017 darauf geantwortet.
-

Die Universität der italienischen Schweiz als neue eidgenössische Hochschule?

- Interpellation (16.3965) von Nationalrat Giovanni Merlini (FDP).
Eingereicht am 8. Dezember 2016.
Der Bundesrat hat am 1. Februar 2017 darauf geantwortet.
-

Durchführung einer umfassenden Aufgabenüberprüfung bei den Staatsaufgaben

- Motion (16.3972) der SVP-Fraktion.
Eingereicht am 12. Dezember 2016.
Der Bundesrat hat am 3. März 2017 die Ablehnung der Motion beantragt.
-

Duale Bildung. Wie bleiben wir an der Weltspitze?

- Interpellation (16.4012) von Nationalrat Claude Bégli (CVP).
Eingereicht am 14. Dezember 2016.
Der Bundesrat hat am 1. Februar 2017 darauf geantwortet.
-

Weiterbildungsoffensive für ältere Arbeitnehmende

- Motion (16.4057) von Nationalrätin Martina Munz (SP).
Eingereicht am 15. Dezember 2016.
Der Bundesrat hat am 1. Februar 2017 die Ablehnung der Motion beantragt.
-

Massnahmen gegen die massiv steigende Anzahl an Tierversuchen und eingesetzten Tieren

- Interpellation (16.4075) von Nationalrat Matthias Aebischer (SP).
Eingereicht am 15. Dezember 2016.
Der Bundesrat hat am 15. Februar 2017 darauf geantwortet.
-

Stipendien- und Darlehenssystem für Weiterbildungsmassnahmen bei älteren Arbeitnehmenden

- Motion (16.4076) von Nationalrat Matthias Aebischer (SP).
Eingereicht am 15. Dezember 2016.
Der Bundesrat hat am 1. Februar 2017 die Ablehnung der Motion beantragt.
-

Eine umfassende Strategie für die politische Bildung in der Schweiz

- Postulat (16.4095) von Ständerat Andrea Caroni (FDP).
Eingereicht am 15. Dezember 2016.
Der Bundesrat hat am 15. Februar 2017 die Ablehnung des Postulats beantragt.
-

Übersicht zum Stand der informatischen Bildung im Volksschulbereich und in der nachobligatorischen Bildung und der Digitalisierungsmassnahmen im Bildungsraum und -system mit anschliessendem Monitoring

- Interpellation (16.4110) von Nationalrat Jonas Fricker (GPS).
Eingereicht am 16. Dezember 2016.
Der Bundesrat hat am 15. Februar 2017 darauf geantwortet.
-

Organisation einer dringlichen nationalen Konferenz zur erleichterten Integration von Flüchtlingen in das Bildungssystem

- Motion (16.4114) von Nationalrat Mathias Reynard (SP).
Eingereicht am 16. Dezember 2016.
Der Bundesrat hat am 15. Februar 2017 die Ablehnung der Motion beantragt.
-

Das Medizinstudium mit Medical Schools reformieren

- Motion (16.4118) von Nationalrätin Christine Bulliard-Marbach (CVP).
Eingereicht am 16. Dezember 2016.
Der Bundesrat hat am 1. Februar 2017 die Ablehnung der Motion beantragt.
-

Alternativen zu Tierversuchen während der Ausbildung besser berücksichtigen

- Interpellation (16.4121) von Nationalrätin Maya Graf (GPS).
Eingereicht am 16. Dezember 2016.
Der Bundesrat hat am 15. Februar 2017 darauf geantwortet.
-

Forschung nach Ersatzmethoden zu Tierversuchen und 3R-Forschung. Ein Stiefkind

- Interpellation (16.4122) von Nationalrätin Maya Graf (GPS).
Eingereicht am 16. Dezember 2016.
Der Bundesrat hat am 15. Februar 2017 darauf geantwortet.
-

Monitoring über die Wirkung der Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative

- Motion (16.4151) der CVP-Fraktion.
Eingereicht am 16. Dezember 2016.
Der Bundesrat hat am 25. Januar 2017 die Annahme der Motion beantragt.
-

Aufschwung unserer Start-ups durch die Steuerbefreiung Privater begünstigen

- Interpellation (16.4157) von Nationalrat Claude Bégli (CVP).
Eingereicht am 16. Dezember 2016.
Der Bundesrat hat am 15. Februar 2017 darauf geantwortet.
-

Welches sind die Entwicklungsperspektiven des Swissnex-Netzwerks?

- Interpellation (16.4166) von Nationalrat Claude Bégli (CVP).
Eingereicht am 16. Dezember 2016.
Der Bundesrat hat am 15. Februar 2017 darauf geantwortet.

NEU EINGEREICHTE VORSTÖSSE

Umfassender Rechenschaftsbericht des Bundesrates über seine Verhandlungen bzw. sein Bemühen um Verhandlungen mit der Europäischen Union über die Umsetzung der MEI

- Motion (17.3017) der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei (SVP).
Eingereicht am 27. Februar 2017.
-

Erasmus+ auf dem Abstellgleis. Ein Eigentümer für das Bildungsland Schweiz?

- Interpellation (17.3028) von Ständerat Beat Vonlanthen (CVP).
Eingereicht am 27. Februar 2017.
-

Arbeitslosenversicherung. Die Unsicherheit von Forschungsstipendiaten bekämpfen

- Postulat (17.3038) von Nationalrat Mathias Reynard (SP).
Eingereicht am 1. März 2017.
-

Zahnmedizin: unsere Diplome respektieren

- Interpellation (17.3041) von Nationalrat Manuel Tornare (SP).
Eingereicht am 1. März 2017.
-

Umsetzung des neuen Schweizerschulengesetzes

- Interpellation (17.3043) von Ständerätin Anne Seydoux-Christe (CVP).
Eingereicht am 1. März 2017.
-

Hochqualifizierten Flüchtlingen ein reguläres Studium ermöglichen

- Interpellation (17.3048) von Nationalrätin Claudia Friedl (SP).
Eingereicht am 2. März 2017.
-

Wenn die Schweiz teure Spezialisten ausbildet, sollen Sie auch hier arbeiten können!

- Motion (17.3067) von Nationalrat Marcel Dobler (FDP).
Eingereicht am 7. März 2017.
-

Politisierung der Energieforschung?

- Interpellation (17.3062) von Nationalrat Hans-Ulrich Bigler (FDP).
Eingereicht am 6. März 2017.
-

Ein attraktiver Forschungsplatz dank Start-up-Visum für Gründer

- Motion (17.3071) von Ständerat Ruedi Noser (FDP).
Eingereicht am 7. März 2017.
-

Armee 2.0. Die Schweiz muss Technologie-Know-how fördern und sichern

- Postulat (17.3106) von Nationalrat Marcel Dobler (FDP).
Eingereicht am 14. März 2017.
-

ETH-Rat. Strategische Ausrichtung

- Interpellation (17.3110) von Nationalrätin Kathy Riklin (CVP).
Eingereicht am 14. März 2017.
-

Das Fachwissen der Forschungsanstalten für die private Züchtungsbranche zugänglich machen

- Interpellation (17.3101) von Nationalrat Walter Müller (FDP).
Eingereicht am 13. März 2017.
-

Biobanken. Ein gesetzlicher Rahmen muss biomedizinische Forschung und Patientenschutz gewährleisten

- Motion (17.3170) von Nationalrätin Rebecca Ana Ruiz (SP).
Eingereicht am 16. März 2017.
-

Dominanz des Englischen in der Wissenschaft. Warum werden unsere Landessprachen vernachlässigt?

- Interpellation (17.3161) von Ständerat Joachim Eder (FDP).
Eingereicht am 16. März 2017.
-

Exzellenz und internationale Wettbewerbsfähigkeit der ETH Zürich und Lausanne

- Interpellation (17.3216) von Nationalrat Gerhard Pfister (CVP).
Eingereicht am 17. März 2017.
-

Stärkung des dualen Bildungssystems durch Wiederherstellung der klaren Rollenabgrenzung zwischen universitären Hochschulen und Fachhochschulen gemäss HFKG

- Postulat (17.3234) von Nationalrätin Andrea Gmür-Schönenberger (CVP).
Eingereicht am 17. März 2017.
-

Für einen innovative Forschungsstandort Schweiz. Bessere Förderung von Ersatzmethoden für Tierversuche

- Motion (17.3240) von Nationalrätin Maya Graf (GPS).
Eingereicht am 17. März 2017.
-

Roboter sind eine Chance für die Schweiz, wenn wir unsere Bildung anpassen

- Postulat (17.3246) von Nationalrat Claude Béglé (CVP).
Eingereicht am 17. März 2017.
-

Mit einer gezielten Innovationspreis-Politik die Forschung in den für die Schweiz prioritären Bereichen lenken und anregen

- Interpellation (17.3252) von Nationalrat Claude Béglé (CVP).
Eingereicht am 17. März 2017.
-

KONTAKT

Netzwerk FUTURE
Münstergasse 64/66, 3011 Bern
Tel. 031 351 88 46, Fax 031 351 88 47
info@netzwerk-future.ch
www.netzwerk-future.ch

Das Netzwerk FUTURE umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik.
Es fördert die Unterstützung für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI)
und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.

21. März 2017
